
Positionen der IG BAU zur Umsetzung wettbewerbskonformer Holzverkaufskonzepte im Forst

Die Kartellbehörde hat die gemeinsame Organisation des Holzverkaufs in Teilen für wettbewerbswidrig erklärt und insbesondere die betreffenden Bundesländer bzw. deren Forstbetriebe zu entsprechenden Prozessänderungen aufgefordert.

Die nötigen Veränderungen haben und wollen wir als IG BAU konstruktiv begleiten. Dies gilt, solange das Thema „Neuordnung des Holzverkaufs“ nicht für anders motivierte oder gar nicht davon berührte Organisationsreformen, Personalabbau-Projekte, etc. missbraucht wird.

Forderungen und Vorschläge:

1. Wald ist mehr als Holzverkauf! Die öffentlichen Organisationen müssen die gesellschaftlichen Funktionen von Wald in Gänze und vorbildlich sicherstellen. Die dazu nötigen personellen Ressourcen müssen zur Verfügung gestellt werden und in entsprechender Qualität aufgebaut werden.
2. Der Weg zu einer wettbewerbskonformen Organisation ist erfolgversprechend, wenn Konzepte gemeinsam zwischen Bundesland, Kommunen, Privatwaldbesitzern und Beschäftigten entwickelt werden und diese auch gemeinsam vertreten werden.
3. Organisationen und Verbände, deren Ziele auf die gesellschaftlich höchst relevanten Waldfunktionen außerhalb von Holznutzung und -verkauf gerichtet sind, müssen einbezogen werden.
4. Im jeweiligen Waldbesitz als Arbeitgeber, ob staatlich, kommunal, privat oder einer Holzverkaufsorganisation gilt das Primat fairer Arbeitsbedingungen. Tarifbindung, Anwendung von Tarifverträgen, anerkannte Qualifikationen sowie die Intoleranz gegenüber Lohndumping sind zwingend.
5. Staatliche Förderung der Neuorganisation des Holzverkaufs, im jeweiligen Waldbesitz wird strikt an Bedingungen wie unter 4. genannt geknüpft. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt, bekommt keine Förderung.